

BLICK IN DIE GESCHICHTE

Karlsruher stadthistorische Beiträge

Nr. 143 · 21. Juni 2020

Der „Schwule Frühling“ und das Ende der Werkstatt 68

Verbot des ersten Schwulen Filmfestes in Karlsruhe von Annika Stehle

Bereits zum 31. Mal findet diesen Herbst in Karlsruhe das Queere Film Festival „Pride Pictures“ statt. Längst hat sich das Filmfest zu einem festen und beliebten Bestandteil der Karlsruher Kulturlandschaft entwickelt. So konnten die Veranstalter bei der letztjährigen Jubiläumsausgabe über 2.400 Besucher*innen verzeichnen.

Unter ganz anderen Vorzeichen stand hingegen das erste Schwule Filmfest in Karlsruhe. Es wurde initiiert von der Gruppe „Schwuler Frühling“, einem losen Zusammenschluss von Personen, die sich seit Anfang 1978 für die gesellschaftliche Anerkennung von Homosexualität einsetzten. Die Treffen sollten aber auch ein „Ort zum Spaß haben“ sein, an dem man sich in vertrauensvoller Atmosphäre selbst erfahren und selbstverwirklichen konnte. Die Gruppe traf sich regelmäßig im Alten Mühlburger Bahnhof in der Fliederstraße 1, den Räumlichkeiten der Werkstatt 68. Die Werkstatt 68 war ein aus der 68er-Bewegung hervorgegangener Jugendclub, dessen Mitglieder zunächst kulturelle Veranstaltungen in den Bereichen Folk, Jazz, Literatur und Film organisierten. Ihre zunehmende Politisierung führte in den Folgejahren immer wieder zu Konflikten mit der Stadtverwaltung sowie dem Stadtjugendausschuss. Seit Januar 1975 war die Werkstatt 68, die sich inzwischen als Jugendzentrum in Selbstverwaltung verstand, im Alten Mühlburger Bahnhof beheimatet. Trotz Bedenken der Anwohner*innen über die „langhaarige[n] Jugendliche[n]“ stellte die Stadt der Gruppe das Gebäude zur Verfügung, allerdings unter der Vorgabe, dass diese dort offene Jugendarbeit betreiben sollte.



Veranstaltungsflyer Schwules Filmfest 1978 mit Unterstreichungen der Stadtverwaltung.

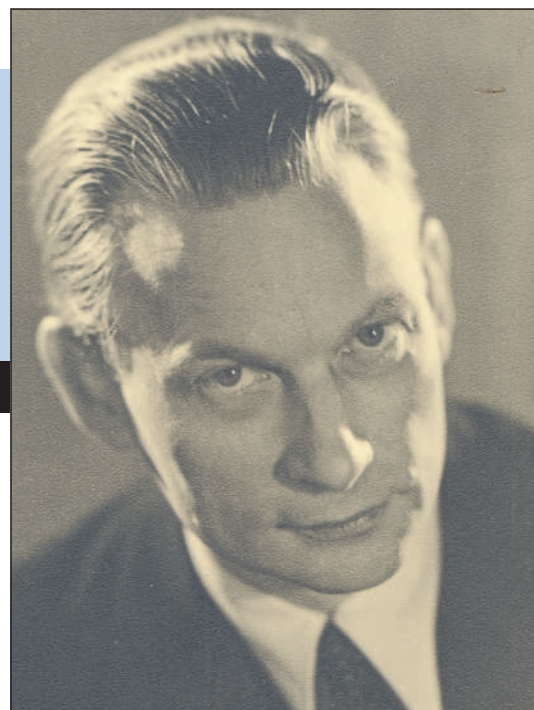
Foto: Stadtarchiv Karlsruhe

Eben diese Vorgabe führte einige Jahre später zum Verbot des ersten Schwulen Filmfestes in Karlsruhe. Über ihr neu ins Leben gerufenes Mitteilungsblatt „Karlsruher Schwulen Info“ kündigte die Gruppe „Schwuler Frühling“ 1978 an, ein Schwules Filmfest im Alten Mühlburger Bahnhof veranstalten zu wollen. Auf dem für den 13. Oktober 1978 terminierten Fest sollte der Film „Rosa Winkel? Das ist doch schon lange vorbei...“ gezeigt werden, der die Verfolgung von Homosexuellen während des Nationalsozialismus sowie ihre weiter bestehende Diskriminierung in den folgenden Jahrzehnten thematisiert. Darüber hinaus geboten werde „schwule Literatur, schwule Lieder, Musik, Tanz, Trinken, Essen... und alles was uns Spaß macht“. Obwohl als Schwules Film Fest deklariert, richtete sich das Event laut Veranstalter explizit nicht nur an homosexuelle Menschen.

Doch zwei Tage vor dem geplanten Fest erhielt die Werkstatt 68 Post vom Vorsitzenden des Stadtjugendausschusses: Dessen Arbeitsausschuss habe einstimmig beschlossen, dem Jugendzentrum „aufgrund seiner grundsätzlichen pädagogischen Verantwortung die Durchführung des Schwulen-Film-Festes“ zu verbieten. Ferner sei es der Werkstatt 68 untersagt, die Räumlichkeiten im Alten Mühlburger Bahnhof weiterhin „der Schwulengruppe Karlsruhe oder ähnlichen Gruppen [...] zur Verfügung zu stellen“. Ein Zuwiderhandeln gegen dieses Verbot habe die fristlose Kündigung des Mietvertrages zur Folge. Die Mitglieder der Werkstatt 68 reagierten unmittelbar und versuchten, das Verbot des Filmfestes noch abzuwenden: Man weise das Verbot als unerlaubte Einmischung in Angelegenheiten der Werkstatt 68 zurück, hieß es in ihrem Antwortschreiben vom 12. Oktober 1978. Doch der Stadtjugendausschuss blieb bei seinem Standpunkt. Solche „jugendgefährdenden Treffen und Veranstaltungen“ dürften nicht in einem Jugendtreff stattfinden.

Das Verbot des Filmfestes rief in der Karlsruher Öffentlichkeit, aber auch überregional viel Kritik hervor. Zwar gab es auch einzelne Stimmen, die die Entscheidung der Stadt befürworteten – so z. B. ein Anwohner, der es gegenüber dem Hauptamt begrüßte, dass in seinem Viertel „keine Propaganda für diese abartigen Menschen“ gemacht werden dürfe – doch waren die öffentlichen Äußerungen mehrheitlich kritisch. Die Gruppe „Schwuler Frühling“ verurteilte das Vorgehen der Stadt in einem offenen Brief an Oberbürgermeister Otto Dulenkopf scharf. Indem man das Verbot mit einem der ältesten Vorurteile gegenüber Schwulen rechtfertige, nämlich dass diese Kinder und Jugendliche verführten, trage man zur Unterdrückung von Homosexuellen und der gesellschaftlichen Verankerung von Schwulfeindlichkeit bei. Ähnlich äußerten sich Dr. Christiane Schmerl, Peter Recht und Detlef Stoffel, die drei Regisseur*innen des Films „Rosa Winkel?“. Die Argumentation der Stadt basiere „auf Vorstellungen jener Zeit, über die genau unser Dokumentationsfilm aufklären und vor allem warnen will“. Die Vollversammlung der südwestdeutschen Schwulengruppen kritisierte das Verbot als Eingriff in die Persönlichkeitsentfaltung von Jugendlichen.

Fortsetzung Seite 2



1903 – 1985 Foto: um 1950, Stadtarchiv Karlsruhe

Alex Möller

Der Gewerkschaftssekretär Alex Möller wurde 1928 für die SPD in den preußischen Landtag gewählt. Hier machte er sich durch seine rhetorische Brillanz einen Namen als Gegner der Nationalsozialisten, weshalb er 1933 in Schutzhaft kam. Zugleich verlor er seine berufliche Existenz und wechselte in die Versicherungsbranche, wobei er ab 1936 für die Karlsruher Lebensversicherung (KLV) tätig war. Obwohl nicht NSDAP-Mitglied stieg er in den folgenden Jahren bis zum stellvertretenden Vorstandsmitglied auf – ab 1943 war er in Karlsruhe ansässig.

Als einziges unbelastetes Vorstandsmitglied beauftragten die Amerikaner Möller 1945 mit der Leitung der KLV, zugleich war Möller von 1946 bis 1961 Karlsruher Abgeordneter im Stuttgarter Landtag. Als Vorsitzender der SPD-Fraktion und des Finanzausschusses wurde Möller zu einem der zentralen Entscheidungsträger der 1950-er Jahre. Im besonderen Maße wirkte er 1954 an der Verabschiedung des Finanzausgleiches zwischen Land und Kommunen mit, genauso wie er sich nachdrücklich für die Ansprüche von Opfern des Nationalsozialismus einsetzte.

In seiner Doppelfunktion als Spitzenpolitiker und Unternehmer setzte er sich zudem für Karlsruher Belange ein. Aufgrund seiner Initiative kam es zur Ansiedlung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in Karlsruhe. Kunst und Kultur förderte er durch die von ihm initiierte Gründung der „Freunde der Bildenden Kunst“. Zudem stand Möller bei der Gründung der „Freunde des Badischen Staatstheaters“ Pate. Mittels dieser Gründung gelang es, die finanzielle Krise, in die das Staatstheater in den ersten Nachkriegsjahren geraten war, in den Jahren 1948–50 zu meistern. Zugleich machte sich Möller im Landtag für die Interessen der TH Karlsruhe in besonderem Maße stark. Um der studentischen Wohnungsnot entgegenzusteuern, baute die KLV in den Jahren 1958–1961 ein erstes privat finanziertes Studentenwohnheim, wobei sich Möller darum bemühte, die Mieten für die Studenten möglichst moderat zu gestalten.

Ab 1961 wirkte Möller im Bundestag als finanzpolitischer Sprecher der SPD. In dieser Funktion konnte er in der Zeit der ersten Großen Koalition an der Ausarbeitung und Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes mitwirken wie auch an der Ausarbeitung der Finanzausgleichsgesetze zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Wenig Fortune hatte Möller in seiner nur anderthalbjährigen Amtszeit als Bundesfinanzminister 1969–1971. Hier sah er sich mit erhöhten Ausgabewünschen seiner Kabinettskollegen konfrontiert und trat zurück, um ein Zeichen gegen wachsende Staatsverschuldung zu setzen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundeskabinett übernahm Möller eine ganze Reihe internationaler Missionen, u. a. war er Mitbegründer des German Marshall Fund. Michael Kitzing

Ungeachtet des Verbots fand das Schwule Filmfest am 13. Oktober 1978 wie geplant statt. Wie ein Artikel in den Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) einige Tage später berichtete, sei die Veranstaltung weit weniger spektakulär verlaufen als von einigen befürchtet: „Mehr als 200 junge Leute – die wenigsten waren homosexuell – verbrachten einen fröhlichen Abend, soweit das in der brechend vollen Werkstatt 68 möglich war. Minderjährige waren nicht anwesend.“ Nichtsdestotrotz nahm der Stadtjugendausschuss die Zuwiderhandlung wie angekündigt zum Anlass, den Mietvertrag über den Alten Mühlburger Bahnhof aufzulösen.

Auch diese Entscheidung wurde von der Öffentlichkeit genau verfolgt und kontrovers diskutiert. Während sich der Bürgerverein Mühlburg erleichtert zeigte, dass das „Treiben“ und das damit verbundene ruhestörende Verhalten im Alten Mühlburger Bahnhof endlich unterbunden worden sei, vermutete der Kreisverband der Deutschen Jungdemokraten Karlsruhe Stadt, das Schwule Filmfest habe der Stadtverwaltung nur als gern ergriffener Vorwand gedient, die konfliktreiche Beziehung zur Werkstatt 68 endlich beenden zu können. Ihrer Meinung nach tue sich die Stadt aber keinen Gefallen damit, das Engagement der Werkstatt 68 zu ersticken. Zwar legten die Mitglieder der Werkstatt 68 erneut Einspruch gegen die Entscheidung des Stadtjugendausschusses ein, räumten angesichts eines drohenden Rechtsstreits mit der Stadt das Gelände aber schließlich doch. Laut eines Berichts der Sozial- und Jugendbehörde hinterließen sie die Räumlichkeiten in einem „katastrophalen und total verfallenen Zustand“.

Der Auszug aus der Fliederstraße 1 bedeutete das Ende des selbstverwalteten Jugendzentrums Werkstatt 68. Die Aktivitäten des Vereins schlossen daraufhin weitgehend ein. Im April 1981 verkündete ihr Vorsitzender Ronald Herb, man befände sich in einem „Umstrukturierungsprozess“. Auf einer Vollversammlung am 15. November



Werkstatt 68 im Alten Mühlburger Bahnhof, 1975.

Foto: Stadtarchiv

1983 wurde schließlich die Auflösung des Vereins beschlossen. In gewisser Weise bestand die Werkstatt 68 dennoch fort, denn aus ihr heraus entwickelten sich Kulturvereine, die bis heute eine bedeutende Rolle im Karlsruher Kulturleben spielen: die Kinemathek und das Tollhaus.

Die Gruppe „Schwuler Frühling“ ließ sich vom Verbot des ersten Schwulen Filmfestes nicht beirren und knüpfte in den folgenden Jahren mit weiteren Veranstaltungen daran an. So kündigten seine Mitglieder in der zweiten Ausgabe der

„Karlsruher Schwulen Info“, die im Januar 1979 erschien, unter anderem ein Schwules Frühlingfest mit Travestie-Show in der Schauburg an. Das dritte Karlsruher Schwulenfest, das am 19. Oktober 1979 ebenfalls in der Schauburg stattfand, erlebte laut einer Besucherin einen so großen Besucher*innenansturm, dass sich vor dem Eingang eine „dicke[...] menschenraube“ bildete. Danach verliert sich die Spur des „Schwulen Frühlings“, doch ihre Idee eines queeren Karlsruher Filmfestes besteht bis heute fort.

Rot oder weiß?

1. politische Frauenversammlung in Durlach März 1849 von Susanne Asche

Vereinzelte nur erklangen während der ersten deutschen demokratischen Revolution von 1848/49 die Rufe nach politischer oder gesellschaftlicher Emanzipation der Frauen, die damals fast alle unter der Vormundschaft ihrer Väter, Brüder oder Ehemänner standen. Im Zentrum der zeitgenössischen Darstellung des Geschlechterverhältnisses während der Revolution stand dementsprechend – fast schon ikonografisch – das revolutionäre Paar des kriegerisch-kampfbereiten Mannes und der liebend-ermutigenden Gattin oder Braut an seiner Seite. Umso mehr mussten politische Versammlungen von Frauen aufmerken lassen. In Durlach fand eine statt, in der ein politischer Konflikt unter Vätern, Ehemännern, Brüdern und Verlobten entschieden wurde.

Als im Vormärz und in den Jahren 1848/49 eine breite Bewegung für Demokratie und Freiheitsrechte wuchs, standen sehr viele Frauen nicht beiseite. Sie erfüllten vielmehr eine Rückgratfunktion für den demokratischen Aufbruch, für das revolutionäre Geschehen und später auch bei der Bewältigung des Scheiterns. Sie stickten die Fahnen für die Bürgerwehren und die neuen Vereine wie z. B. die Turner oder Sänger, fertigten die Kokarden (= Abzeichen), besuchten Versammlungen und Parlamente, sammelten Kleider und Verbandszeug und kümmerten sich um die Verwundeten. Diese Tätigkeiten waren klare politische Bekenntnisse. Vor allem das Stickten der Fahnen, die bei feierlichen Fahnenweihen den Vereinigungen der Männer überreicht wurden, erfüllte eine wichtige Funktion für die Stiftung von Gemeinsamkeit unter den Bürgern. In Durlach, wo die Anhänger der Demokratie und sozialen Republik zahlreicher waren als in der eher braven Residenzstadt Karlsruhe, kam es zwischen Spätherbst 1848 und Frühjahr 1849 zu heftigen, leidenschaftlich ausgetragenen Auseinandersetzungen über die Gestaltung der Fahnen für die neu formierte Bürgerwehr. Bürgerwehren, denen sich die Männer zunächst freiwillig anschlossen, entsprachen der Forderung nach allgemeiner Volksbewaff-



Henkelkrug mit Wappen und Losung, um 1849.

Foto: Pfinzgaumuseum

nung statt der stehenden Heere von Berufssoldaten. Aber nach Inkrafttreten des neuen Bürgerwehrgesetzes vom 3. April 1848 war die Zugehörigkeit nicht mehr eine politische Willensbekundung, sondern sie wurde zur Bürgerpflicht. Politische Meinungsunterschiede innerhalb der Formationen waren damit vorprogrammiert.

Die Anhänger der konstitutionellen Monarchie forderten in Durlach für die Bürgerwehr eine weiße Fahne, die Vertreter der sozialen demokratischen Republik eine rote. Um diese Frage zu klären lud der Revolutionär Karl Leußler im Spät-

herbst 1848 zu einer Versammlung der Bürgerwehrmänner in den Durlacher Schlossgarten, bei der er vehement für eine rote Fahne eintrat. Die Gemüter waren ob dieser Forderung so erhitzt, dass dem Austausch der Worte die Sprache der Fäuste folgte – es kam zu einer Schlägerei, bei der die Fraktion der Republikanhänger wohl verlor. Dennoch beschlossen die Führungskräfte der Bürgerwehr, die mehrheitlich revolutionäre Demokraten waren, die rote Fahne.

Damit aber war der Streit nicht beigelegt geschweige denn der Konflikt gelöst. Nun waren die Frauen gefragt, die diese Fahne ja sticken mussten. Sie versammelten sich Mitte März 1849 im großen Saal des Rathauses, um sich über die Fahnenfrage zu verständigen. Über diese Versammlung erschien am 20. März 1849 in der konservativen Karlsruher Zeitung mit dem Datum 16. Mai ein Kurzbericht, dem zu entnehmen ist, dass auch auf dieser Zusammenkunft der Frauen die unterschiedlichen Meinungen hart aufeinanderprallten. Schließlich setzte sich eine Mehrheit durch, die auch den Mehrheitsverhältnissen unter den Männern entsprach – die Frauen beschlossen eine weiße Fahne zu besticken mit dem – so die Karlsruher Zeitung – Spruch: „Mit Gott für heilige Ordnung zum Schutze der Freiheit und der Rechte, der Bildung und des Wohlstands der Bürger.“ Die Karlsruher Zeitung kommentierte dies Geschehen: „... so hat die große Mehrheit der Frauen und Jungfrauen gegenüber einer kleinen Minderheit, deren Lenkerin mit maßloser Dreistigkeit die hochrote Fahne forderte“, sich durchgesetzt. Dass die endgültige Entscheidung, wie die Fahne zu gestalten sei, tatsächlich den Frauen überlassen worden war, lässt sich dem Zeitungsartikel auch entnehmen, der den Entschluss kommentiert: „Abermals ein Zeichen, daß es wieder besser will werden in unserer altherwürdigen Stadt! Kecke Frivolität muß der züchtigen Sitte weichen; edleres Selbstgefühl tritt an die Stelle feiger Furcht;“. Bezugnehmend auf das Vorgehen der Führungskräfte der Bürgerwehr meint er: „Wir wünschen

der Mehrheit Glück zu ihrem Siege, welchen ein [...]der gegenwärtigen Bürgerwehrlführer gewiß übereilter Schritt [...] nothwendig machte, [...]“. Doch der Schreiber hatte eine Befürchtung: „Noch ein zweiter Sieg ist nöthig: es darf die weiße Fahne nimmermehr von rother Hand getragen werden.“

Warum wurde dem so viel Gewicht beigemessen, wem die Fahne übergeben wurde? Fahnenweihen waren in der Zeit des Vormärz und vor allem in den Monaten der Revolution von großer politisch-symbolischer Bedeutung. So war in Durlach für die Fahnenweihe, die Mitte Juni 1849 stattfand, ein aufwendiges Programm geplant, an dessen Beginn die Bürgerwehr von klingendem Spiel begleitet vom Schlossgarten zum Marktplatz marschierte, um anschließend von den auf dem Rathaus wartenden Frauen ihre Fahnen entgegenzunehmen. Danach traten die Frauen auf den Rathusbalkon, um den Dank des Bürgerwehrkommandanten zu empfangen. Dann ging es zum Exerzierplatz der Bürgerwehr, wo ein Altar für die Fahnen aufgebaut war und ein halbstündiges Manöver stattfand. Auf die eigentlich geplante Volksbelustigung und den Bürgerball musste wegen des nahenden Kriegsgeschehens verzichtet werden. Bei diesem feierlichen Geschehen wurde die Auseinandersetzung der Frauen über die Fahnen sichtbar. Nach der Niederlage der Demokratinnen auf der Frauenversammlung hatte am 25. März 1849 die Revolutionärin Henriette Obermüller, jene „Lenkerin mit maßloser Dreistigkeit“, einen Aufruf an die Frauen und Jungfrauen im Durlacher Wochenblatt veröffentlicht, für die Turner innerhalb der Bürgerwehr eine Vereinsfahne zu stiften.



Henriette Obermüller als junge Frau, um 1840.
Foto: privat

Diese war, wie man einem Gedicht auf die Obermüller, das am 17. Juni im „Verkündiger“ stand, und den späteren Prozessunterlagen entnehmen kann, rot und trug die Sprüche „Sieg oder Tod“ und „Durlachs Demokratinnen den Turnern“.

In ihren Lebenserinnerungen schildert Henriette Obermüller viele Jahre später, 1870/1871, die Fahnenangelegenheit so, als sollten von vorn herein unterschiedliche Bürgerwehr- und Turnfahnen von den Frauen entschieden werden und sie habe sich mit ihrer Forderung nach einer roten Fahne mit schwarzen und goldenen Fransen und Band für die Turner und einer weiß-blauen für die Bürgerwehr mit großer Mehrheit durchgesetzt. Sie schreibt: „Ich stickte die Fahne selbst, ins rote Feld einen grünen Eichenkranz, darinn die Worte Sieg oder Tod.“ Die von ihr genannten Daten stimmen allerdings nicht mit den zeitgenössischen Zeitungsartikeln überein, so dass ihren Erinnerungen an diesem Punkt mit etwas Skepsis begegnet werden muss.

Nach Niederschlagung der Revolution bezahlte sie für ihr Engagement einen hohen Preis, sie kam für Monate ins Amtsgefängnis Durlach, ihr Mann für einige Jahre ins Bruchsaler Gefängnis, von wo er schwer krank zurückkehrte und bald verstarb. Sicherlich war Henriette Obermüller eine besonders aktive und mutige Demokratin, die selbst öffentliche Auftritte nicht scheute, doch steht sie auch exemplarisch für die Beteiligung und Leistung der Frauen an und für den Einsatz für Demokratie und Freiheit. Sie vertrat Forderungen, die heute die Grundlagen unseres politisch-gesellschaftlichen Zusammenlebens bilden. Im Jahr 1999 widmete ihr das Pfingzgauseum eine Ausstellung und das Stadtarchiv publizierte ihre Lebenserinnerungen. Seit 2000 ist nach ihr eine Straße benannt als Bekenntnis der Stadt Karlsruhe zu sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung der Frauen.

Aldeutsche – Handlungsgehilfen – Vaterländische

Wegbereiter der Nationalsozialisten im Kaiserreich von Ernst Otto Bräunche

Der Antisemitismus war keine Erfindung der Nationalsozialisten, auch in Karlsruhe gab es schon im Kaiserreich antisemitische Gruppierungen, an die diese nahtlos anknüpfen konnten. Zu den wirkungsmächtigsten gehörte der Aldeutsche Verband.

Aldeutscher Verband

Der nationalistisch-völkisch ausgerichtete Aldeutsche Verband wurde 1891 in Berlin als Allgemeiner Deutscher Verband u. a. auf Betreiben des Verlegers Alfred Hugenberg und des Kolonialisten Carl Peters mit dem Ziel gegründet, den deutschen Flottenausbau für eine imperialistische Kolonialpolitik zu forcieren, das Nationalbewusstsein zu stärken und das Deutschtum im Ausland zu fördern. Nach der Umbenennung in Aldeutscher Verband im Juli 1895 dauerte es noch mehr als drei Jahre, bis in Karlsruhe eine Ortsgruppe entstand. Als der Karlsruher Vertrauensmann des Verbandes, der Anthropologe und Schriftsteller Otto Amon, am 3. November 1898 zu einer Besprechung

zur Gründung einer Ortsgruppe einlud, zählte der Verband nur 40 örtliche Mitglieder. Zum provisorischen Vorstand gehörten unter anderem der Gymnasialprofessor Robert Goldschmit und der Durlacher Bürgermeister Philipp Reichardt. Auch der Karlsruher Oberbürgermeister Karl Schnetzler unterzeichnete wenig später am 23. November einen Aufruf zum Beitritt. Bereits im Dezember fanden erste Veranstaltungen statt, so Ende des Monats eine Flottenversammlung mit 3.000 Teilnehmern in der Festhalle. Die Mitgliederzahl war inzwischen auf rund 200 angestiegen.

In der ersten Hauptversammlung des Verbandes wurde der provisorische Vorstand im Amt bestätigt und um drei neue Mitglieder auf zwölf erweitert. Otto Ammon bedauerte, dass kein Vertreter der Zentrumsparterie gewonnen werden konnte. Das Zentrumsblatt Badischer Beobachter dagegen begrüßte dies, da die aldeutschen Bestrebungen auf eine Unterdrückung „aller Elemente“ hinauslaufe, „die keinen Gefallen finden an diesem deutschen Chauvinismus“. Dagegen waren die drei Burschenschaften Arminia, Germania und

Tuiskonia sowie der 1. Karlsruher Bicycle-Club beigetreten.

In den folgenden Jahren bot der Verband häufig Vortragsveranstaltungen im Sinne der Verbandsziele. Einer der eifrigsten Akteure war dabei Otto Ammon. Dieser gab im Jahr 1901 aus gesundheitlichen Gründen seinen Vorsitz an Ernst Boesser ab, Studienrat und späterer Leiter der Kadettenschule, ebenfalls ein in vielen völkischen Gruppierungen aktiver überzeugter Nationalist. Boesser trat 1907 wegen „Geschäftsüberhäufung“ als Vorsitzender zurück, blieb aber im Vorstand, dessen Mitglieder alle der bürgerlichen Oberschicht angehörten. Ein Vertreter der Burschenschaften sollte bald hinzugewählt werden.

1911 übernahm der Geistliche Rat beim Oberkirchenrat Adolf Fellmeth den Vorsitz und behielt ihn bis zu seinem Tode im Jahr 1929, als der Verband seine erfolgreichste Zeit hinter sich hatte. Schon im Ersten Weltkrieg, als viele Mitglieder Kriegsdienst leisteten, ging die Vortragstätigkeit stark zurück, man beteiligte sich aber an den Aktivitäten des Karlsruher Verbandes der Deutschtumsvereine.

In der Weimarer Republik trat die Ortsgruppe deutlich weniger in Erscheinung. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg, mit der die meisten Aldeutschen nicht gerechnet hatten, und wachsende Konkurrenz im völkischen Lager vor allem durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) dürften sich hier ausgewirkt haben. Als der langjährige Vorsitzende Fellmeth am 1. Mai 1929 verstarb, setzte sich der Niedergang fort. Im Adressbuch wird der Verband nicht mehr aufgeführt und es finden sich kaum noch Zeitungsmeldungen. Nach dem Krieg gehörten die ehemaligen Mitglieder des Aldeutschen Verbandes zu den Personen, die im Zuge der Entnazifizierung mit „besonderer Sorgfalt“ zu prüfen seien.

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband (DhV)

Zu den größten antisemitischen Verbänden des Kaiserreichs gehörte der am 2. September 1893 in Hamburg von Anhängern des Hofpredigers und Antisemiten Adolf Stöcker gegründete DhV. Entstanden war er als Interessenvertretung der Handlungsgehilfen in Gegnerschaft zur erstar-



Postkarte zum 8. Gau- und 4. südwestdeutschen Handlungsgehilfentag 1905.

Foto: Stadtarchiv

Fortsetzung Seite 4

kenden Sozialdemokratie und vor allem in Konkurrenz zu dem den liberalen Hirsch-Dunker-schen Gewerkschaften angehörenden Verband deutscher Handlungsgehilfen sowie dem Zentralverband der „Handlungsgehilfen und -hülfinen“ (Freie Gewerkschaften). Der Gau Baden-Pfalz wurde 1898 in Mannheim u. a. von der im Vorjahr entstandenen Ortsgruppe Karlsruhe gegründet. Diese trat 1900 dem Alldeutschen Verband bei. Man traf sich in der Eintracht, die Geschäftsstelle befand sich bei dem Kaufmann Josef Dahringer in der Karl-Friedrich-Straße 19. Erstmals war die Ortsgruppe auch im Adressbuch des Jahres 1901 aufgeführt.

Am 27. Mai 1913 gehörte der DHV zu den dem rechten Spektrum angehörenden Veranstaltern einer Erinnerungsfeier zum 100-jährigen Jubiläum der Völkerschlacht bei Leipzig. Seine Anziehungskraft für seine Mitglieder gründete sich aus solchen Veranstaltungen, mehr noch vermutlich aus etlichen Versicherungs- und Unterstützungsangeboten. Außerdem bot er in der Weimarer Republik noch einmal verstärkt gesellschaftliche Unterhaltungsabende an und organisierte Ausflugsreisen.

Viele der Mitglieder wurden nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges zum Kriegsdienst eingezogen, 1916 mehr als 500, von denen 35 gefallen waren. Im Verband engagierte sich auch Ernst Boesser, der letzte Leiter der Kadettenschule, der 1916 die Ehrenmitgliedschaft erhielt. In der Weimarer Republik wuchs der DHV als Teil des von dem DHV mitbegründeten Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) noch einmal an. Zahlen für Karlsruhe liegen aber nicht vor. Dass der DHV ein finanziell gut aufgestellter Verband war, belegt der Bau eines neuen Ortsgruppenheims in der Karlstraße 4 zur Förderung der Jugend und der Bildung, das am 19. April 1929 eingeweiht wurde. An der Eröffnungsfeier nahmen zwar Vertreter der Stadt und des Landes teil, allerdings nicht aus der ersten Reihe, was die Distanz zu dem offenen rechten Parteien zuneigenden DHV belegt. Für die Stadt nahm nur der Stadtrat der Deutschnationalen Volkspartei



Plakat der Deutschen Vaterlandspartei 1917.
Foto: Stadtarchiv Karlsruhe

(DNVP) Heinrich von der Heydt teil. Auch der DHV wurde rasch nach der Machtübernahme der NSDAP 1933 in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) integriert. Im Oktober 1933 war er einer von neun Angestellten-Spitzenverbänden in der DAF, wurde aber we-

nig später am 20. Februar 1934 im Zuge der Umorganisation der DAF aufgelöst.

Deutsche Vaterlandspartei

Nach der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei, in der sich Monarchisten, Antisemiten, Völkische und Nationalisten versammelten, durch den späteren Putschisten Wolfgang Kapp am 2. September 1917 in Berlin, folgte am 19. Oktober 1917 die Gründung einer Ortsgruppe in Karlsruhe. Den Vorsitz übernahm Ernst Boesser. Auch andere namhafte Vertreter der „streng-konservativen“ Richtung wie Prof. Reinhard Baumeister und Domänenrat a. D. Hoffmann, der Alldeutsche Major Albert Theodor Kreßmann oder der Zentrumsgegner und Historiker Arthur Böthlingk engagierten sich in der Vaterlandspartei, die sich entschieden gegen einen Verständigungsfrieden wandte. Zudem hatten u. a. der Maler und Direktor der Kunsthalle Hans Thoma, der Schriftsteller Fritz Römhildt (Romeo), der Direktor der Landesbibliothek Theodor Längin oder der Landesgerichtspräsident Adolf Trefzer, 1919 erster Vorsitzender der Deutschen Volkspartei (DVP), den Aufruf unterzeichnet.

Am 18. Dezember 1917 fand eine erste Versammlung statt. Im großen Saal der Eintracht sprachen Boesser und als Gastredner der Vorsitzende der badischen Vaterlandspartei, der Psychiater und Neuropathologe Prof. Dr. Alfred Hoche aus Freiburg, der als einer der Wegbereiter der Euthanasie der Nationalsozialisten gilt.

Auch in Karlsruhe unterstützte in erster Linie das konservative Bildungsbürgertum die Neugründung. Die Resonanz auf Veranstaltungen dieser Partei war insgesamt aber eher mäßig. Es gelang ihr nicht, „die eigentlichen Volkskreise mit ihren Zielen vertraut zu machen, bei diesen gilt die Vaterlandspartei lediglich als Partei der Kriegsverlängerer und Annexionisten ins Unangemessene“, wie der preußische Gesandte nach Berlin meldete. Die Vaterlandspartei trat zu den Wahlen 1919 nicht an und löste sich auf.

Carlsruher Blickpunkt

Der Nassauer Hof von Peter Pretsch

1846 ist der Nassauer Hof im Karlsruher Adressbuch erstmals verzeichnet. Der Metzger Jeremias Reutlinger, der davor eine Metzgerei mit Wirt-schaft an der Langen Straße betrieb, hatte das mit Schild und Realrecht ausgestattete Lokal an der südwestlichen Straßenecke des Zirkels mit der Kronenstraße eröffnet. 1860 zog er erneut um auf die andere Seite der Langen Straße Ecke Kronenstraße, an der das schon lange bestehende Gasthaus Rappen stand, das früher einmal Karlsruhes Oberbürgermeister Johann Bernhard Dollmatsch betrieben hatte. Die neue von Friedrich Weinbrenner sehr repräsentativ gestaltete Synagoge befand sich im Blickfeld. Der Nassauer Hof war aber nicht nur bei jüdischen Gästen beliebt. So verkehrten hier etwa der berühmte Komponist Johannes Brahms mit seinen Freunden, dem Dirigenten am Hoftheater Hermann Levi, und dem Fotografen Julius Allgeyer, der in Karlsruhe mit seinem Bruder eines der ersten Fotostudios betrieb. Brahms schwärmte vor allem von der gebackenen Gänseleber Reutlingers, von der er sich einmal eine Portion nach Wien nachschicken ließ.

Der aus Grötzingen stammende Bernhard Sinauer, der die Tochter Reutlingers geheiratet hatte, übernahm das Lokal seines Schwiegervaters nach der deutschen Reichsgründung von 1871. Die wilhelminische Ära sollte auch das Gesicht der Kaiserstraße verändern. Die Architektur Weinbrenners wurde bald als zu schlicht und nicht repräsentativ genug empfunden. Viele Geschäftshäuser wurden daher im Stilgemisch des Historis-



Kriegsstraße 88, ehemals Nassauer Hof.
Foto: Monika Müller-Gmelin 2024

mus, mehrstöckig und mit einer aufwändigen Fassadengestaltung errichtet. Auch Sinauer wollte sich diesem Trend nicht entziehen, riss das alte Gasthaus ab und errichtete einen dreistöckigen Neubau mit einem hohen Dachgeschoss, der der neuen Zeit in der Gestaltung Rechnung trug. Außerdem war hier nun ein Hotelbetrieb möglich. Dieses Gebäude bestand noch bis 1974, als es im Rahmen der Altstadtanierung dem Kronenplatz weichen musste. Der Nassauer Hof befand sich dort aber schon längst nicht mehr.

Nachdem Ferdinand Odenheimer das Lokal 1896 übernommen hatte, verlegte er es wenig später in das heute nicht mehr vorhandene Gebäude Zähringerstraße 100, ehemals Sitz der Rheinischen Kreditbank. Nach seinem frühen Tod 1897 führte seine Witwe Babette das Lokal noch etwa ein Jahrzehnt an dieser Stelle weiter. Ihr Sohn Julius Oden-

heimer ließ danach das 1889 für einen Glasermeister im Neorenaissancestil erbaute mehrstöckige Haus Kriegsstr. 88 (damals 32) von dem renommierten Architekturbüro Curjel & Moser für den Nassauer Hof zum Hotel-Restaurant umbauen und mit einem Saalanbau zum Hof ausstatten. Es war das einzige jüdische Hotel-Restaurant in Karlsruhe, das auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 noch koschere Küche anbot. Nach den zunehmenden Repressionen des neuen Regimes waren viele Karlsruherinnen und Karlsruher jüdischer Abstammung mehr oder weniger zur Auswanderung gezwungen worden und hatten ihren Besitz meist unter Wert verkauft und ihren Wohnsitz aufgegeben. Sie warteten unter anderem im Nassauer Hof auf ihre Ausreise. Bei dem Novemberpogrom der Nationalsozialisten 1938, bei dem auch die beiden in Karlsruhe vorhandenen Synagogen zerstört wurden, wurden sie aus dem Hotel gezerzt und mussten zu Fuß einen Marsch zum Gefängnis in der Riefstahlstraße antreten. Dabei kam der Kaufmann Leopold Friedmann ums Leben, der einen Herzinfarkt erlitt. An sein Schicksal erinnert heute ein Stolperstein vor dem Gebäude, an dem zudem eine Gedenktafel die Ereignisse schildert. Dem Wirt Julius Odenheimer und seiner Frau Frieda gelang noch 1940 die Flucht in die USA, wo er 1953 starb.

Der ehemalige Nassauer Hof wurde nun zu einem sogenannten Judenhaus deklariert, in dem noch in Karlsruhe verbliebene Jüdinnen und Juden wohnten. Sie wurden von dort in das südfranzösische Konzentrationslager Gurs und später, soweit ihnen die Auswanderung von dort nicht ge-lückt war, nach Auschwitz deportiert. An drei Bewohnerinnen des Nassauer Hofes, die in das Vernichtungslager gebracht und ermordet wurden, erinnern heute ebenfalls Stolpersteine vor dem Gebäude. Es steht unter Denkmalschutz und diente der Evangelischen Stadtmission in der Nachkriegszeit als Altenpflegeheim. Heute be-treibt das Diakonische Werk dort eine Beratungs-stelle für Wohnungslose und den Tagestreff Tür.

Herausgegeben vom Stadtarchiv Karlsruhe
durch Ernst Otto Bräunche
Herstellung: Badendruck
„Blick in die Geschichte“ online unter:
<https://stadtdgeschichte.karlsruhe.de/stadtarchiv/blick-in-die-geschichte/ausgaben>